

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 70. Sitzung am 17. Juni 2010 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Zweites Hochschulreformgesetz
Mitteilung des Senats vom 16. März 2010
(Drucksache 17/1222)
2. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 21. April 2010
(Neufassung der Drs. 17/1259 vom 20.04.10)
(Drucksache 17/1271)

und

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 20. April 2010
(Drucksache 17/1266)

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU (Drucksache 17/1271 - Neufassung der Drs. 17/1259) ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Drucksache 17/1266) ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Annahme der Drucksache 17/1309.

2. Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zum
Zweiten Hochschulreformgesetz
vom 27. Mai 2010
(Drucksache 17/1309)
2. Lesung

Dazu

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE.
vom 14. Juni 2010
(Drucksachen 17/1333 bis 17/1338)

und

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2010
(Drucksache 17/1342)

und

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 15. Juni 2010
(Drucksache 17/1347)

und

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 15. Juni 2010
(Drucksache 17/1349)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
(Drucksache 17/1333) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
(Drucksache 17/1334) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
(Drucksache 17/1335) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
(Drucksache 17/1336) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
(Drucksache 17/1337) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
(Drucksache 17/1338) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 17/1342) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU
(Drucksache 17/1347) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP
(Drucksache 17/1349) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für
Wissenschaft und Forschung Kenntnis.

3. Europapolitisches Jugendkonzept für Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Mai 2010
(Drucksache 17/1291)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein europapolitisches Jugendkonzept für das Land Bremen unter Berücksichtigung
folgender Punkte zu erarbeiten:

a) Berücksichtigung und Ausgestaltung des strukturierten Dialogs, Unterstützung
europapolitischer Jugendprojekte,

b) Förderung der Jugendmobilität und -begegnungen innerhalb Europas,

- c) Sicherstellung des Zugangs solcher Angebote unabhängig von finanziellen Aspekten,
 - d) Förderung der Vernetzung und Austausch von bereits vorhandenen Strukturen in Bremen und Bremerhaven,
 - e) Jugendlichen den Zugang zu europabezogenen Informationen ermöglichen und ausbauen,
 - f) Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen und für Jugendliche stärken.
2. bei der Erarbeitung dieses Konzepts die im Land Bremen tätigen Organisationen der europabezogenen politischen Jugendarbeit mit einzubeziehen.
3. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von sechs Monaten Bericht zu erstatten.
4. "Europa 2020" - für ein innovatives, nachhaltiges und soziales Europa
Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. Juni 2010
(Drucksache 17/1310)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt,

- dass die Europäische Union mit der Strategie "Europa 2020" einen erneuten Versuch macht, die politischen Kräfte der Union auf gemeinsame Ziele auszurichten;
- dass soziale Integration, Innovation und Nachhaltigkeit grundsätzlich gleichberechtigt als eigenständige Ziele definiert werden. Europa muss ein "innovatives", "nachhaltiges" und "soziales Europa" werden, um ein "demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger" werden zu können und gleichzeitig im globalen Wettbewerb seine Chancen zu wahren.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet jedoch,

- dass die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und die Förderung der sozialen Eingliederung in abgestimmte und gemeinsame Politik umgesetzt wird; zentral sind dabei gerechte Arbeitsbedingungen, die Gewährleistung existenzsichernder Entgelte wie der Abbau der Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen;
- dass die Ziele der Ressourcenschonung, des Klimaschutzes, der Energiepolitik und der ökologischen Modernisierung von Industrie und Gesellschaft ehrgeiziger formuliert und konsequent umgesetzt werden; denn sie sind gleichzeitig wesentliche Voraussetzung für die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ("Green New Deal");
- dass die Ziele von "Europa 2020" auch die übrigen Politikfelder der EU, wie die Agrar-, Strukturpolitik oder die Forschungspolitik der Union, strukturieren werden und dass "Europa 2020" eng mit der Nachhaltigkeitsstrategie und der Sozialagenda verknüpft wird;

- dass sich die Ziele und Prioritäten von "Europa 2020" auch in den Haushalten der EU wiederfinden; das gilt vordringlich für die vermehrte Förderung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation;
- dass die neuen Möglichkeiten des Lissabon-Vertrags zur dringend notwendigen Koordinierung der nationalen Fiskal- und Wirtschaftspolitiken ausgeschöpft werden; das gilt vor allem für die Steuerung der Euro-Gruppe: die gemeinsame Währung erfordert auch gemeinsame Politiken über den Nationalstaat hinaus;
- dass dafür auch der Steuerwettbewerb zwischen den Nationalstaaten eingedämmt wird, vor allem durch Einführung eines Mindestsatzes bei den Unternehmenssteuern. Gemeinsame Steuern wie eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene sind eine sinnvolle Ergänzung des EU-Finanzierungssystems.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass es bei grundsätzlicher Wahrung der Zuständigkeiten der deutschen Länder und des Bundes durchaus sinnvoll sein kann, an den fünf Kernzielen der Europastrategie 2020 gemeinsame (quantitative) Ziele zu formulieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Überzeugung, dass bei der Formulierung und Umsetzung gemeinsamer Politik die Zusammenarbeit aller politischen Ebenen, von der EU bis zu dem regionalen und lokalen Gebietskörperschaften erforderlich ist; dafür müssen neue Formen entwickelt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Senat frühzeitig die Umsetzung der Strategie "Europa 2020" in den entsprechenden Handlungsfeldern vorbereitet und die Beiträge des Landes Bremen aktiv in das nationale Programm einbringt.

5. Strategie "Europa 2020" - Freien Wettbewerb und Marktwirtschaft stärken, Subsidiarität achten, Demokratie leben
Antrag der Fraktion der FDP
vom 14. Juni 2010
(Drucksache 17/1339)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

6. Strategie "Europa 2020" - soziale Marktwirtschaft und Subsidiaritätsprinzip in Europa stärken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Juni 2010
(Drucksache 17/1353)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

7. Keine Entscheidungen über die Einleitung salzhaltiger Abwässer der Kali-Industrie ohne alle Anrainer der Flussgebietsgemeinschaft Weser
Mitteilung des Senats vom 6. April 2010
(Drucksache 17/1243)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

8. Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes
Mitteilung des Senats vom 25. Mai 2010
(Drucksache 17/1308)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

9. Personalbericht 2009 Band IV:
Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2008
Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1160)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

10. Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum
Personalbericht 2009 Band IV - Bericht über die Umsetzung des
Landesgleichstellungsgesetzes 2008, Mitteilung des Senats vom 9. Februar
2010 (Drs. 17/1160)
vom 6. April 2010
(Drucksache 17/1245)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Äußerungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

11. 3. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der
bremischen Verwaltung
Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1159)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

12. Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum 3.
Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der
bremischen Verwaltung, Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010 (Drs.
17/1159)
vom 4. Mai 2010
(Drucksache 17/1284)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Äußerungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

13. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Leichenwesen
Mitteilung des Senats vom 13. April 2010
(Drucksache 17/1250)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

14. Jungen und Mädchen sind unterschiedlich: geschlechtsspezifische Pädagogik weiterentwickeln!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. April 2010
(Drucksache 17/1267)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an die staatliche Deputation für Bildung ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Der Senat wird aufgefordert, ein Handlungskonzept vorzulegen, das die Schulen und Kitas dabei unterstützt, konzeptionell und im konkreten Unterricht differenzierter auf geschlechtsspezifische Unterschiede von Jungen und Mädchen eingehen zu können. Schwerpunkt des Konzepts sollen Qualitätsstandards und Indikatoren für eine gendergerechte Schule sowie eine altersspezifische Ausdifferenzierung sein. Der Senat wird aufgefordert, das Konzept Anfang 2011 vorzulegen.

15. Bilanz des Ausbildungspakts im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. April 2010
(Drucksache 17/1247)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2010
(Drucksache 17/1314)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

16. Geschlechtertypischem Berufswahlverhalten entgegenwirken
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2010
(Drucksache 17/1344)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei der beabsichtigten Fortschreibung der "Bremer Vereinbarungen 2008 bis 2010" dafür einzusetzen, dass die Partner ein besonderes Augenmerk auf das geschlechtertypisch eingeschränkte Berufswahlverhalten junger Frauen und Männer richten und Maßnahmen ergreifen, um dem entgegenzuwirken.

17. Einnahmesicherung für die touristische Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. April 2010
(Drucksache 17/1255)

Der Senat wird gebeten,

1. zu den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2011 für die Kommunen des Landes Bremen einen Vorschlag zur Einführung einer örtlichen Abgabe vorzulegen, der sich an der Kulturförderabgabe in Weimar oder vergleichbaren Abgaben anderer Städte orientiert.
2. die gewerblichen Nutznießer der Tourismuswirtschaft, insbesondere das Hotel- und Gaststättengewerbe, leistungs- und vorteilsgerecht in diese Abgabe einzubeziehen,
3. sicherzustellen, dass die so generierten Einnahmen Zwecken der Tourismusförderung, insbesondere des Marketings, zugutekommen,
4. darzulegen, wie sich für die Stadtgemeinde Bremen die mit dem Verkehrsverein gegebene besondere Situation im Bereich des touristischen Marketings mit dem Vorschlag vereinbaren lässt.

18. Zertifikat "Ausgezeichnet Generationenfreundlich" einführen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD,
der FDP und der CDU
vom 15. April 2010
(Drucksache 17/1257)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich der Initiative auf Bundesebene anzuschließen, die eine Vereinbarung zur Zertifizierung "Ausgezeichnet Generationenfreundlich" mit dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels zum Ziel hat.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, dafür Sorge zu tragen, dass der Zertifizierungsprozess in enger Kooperation mit der Seniorenvertretung durchgeführt wird.

19. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Individuelle Hilfen für Menschen mit Behinderungen stärken
- Transparenz und Wirtschaftlichkeit schaffen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 14. April 2010
(Drucksache 17/1254)
2. Zeitgemäße Unterstützung von Menschen mit Behinderung
- Eingliederungshilfe weiterentwickeln
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Juni 2010
(Drucksache 17/1345)
3. Keine weiteren Steuersenkungen - kommunale Finanzen sichern und stärken
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. April 2010
(Drucksache 17/1256)
4. Kontrolle von Bordellbetreibern verbessern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2010
(Neufassung der Drs. 17/1258 vom 20.04.10)
(Drucksache 17/1346)
5. Gunnar Heinsohn beleidigt Menschen und blamiert Bremen
Bremische Bürgerschaft distanziert sich
Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE.
vom 26. April 2010
(Drucksache 17/1276)
6. Unterrichtung der Bremischen Bürgerschaft gemäß § 13 BremIFG über die Auswirkungen des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 27. April 2010
(Drucksache 17/1279)
7. Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan!
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 18. Mai 2010
(Neufassung der Drs. 17/1283 vom 03.05.10)
(Drucksache 17/1296)
8. Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und anderer Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2010
(Drucksache 17/1288)
1. Lesung
2. Lesung
9. Drogenabhängigkeit und Drogenkriminalität
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. April 2010
(Drucksache 17/1260)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 25. Mai 2010
(Drucksache 17/1305)

10. Anstrengungen zur Bekämpfung des Drogenproblems intensivieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2010
(Neufassung der Drs. 17/1355 vom 16.06.10)
(Drucksache 17/1356)
11. Normenkontrollrat als Modell auch für Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. April 2010
(Drucksache 17/1272)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 25. Mai 2010
(Drucksache 17/1306)
12. Rechtswidrige Abschiebep Praxis in Bremen? Umgehung amtsärztlicher
Krankschreibungen mit Hilfe externer Mediziner
Große Anfrage der Fraktion der DIE LINKE.
vom 26. April 2010
(Drucksache 17/1277)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2010
(Drucksache 17/1315)
13. Missbrauch zugewiesener Unterrichtsstunden in Biblische Geschichte
abstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Mai 2010
(Drucksache 17/1295)
14. Transparenz und demokratische Kontrolle der Verwendung
zweckgebundener Sondereinnahmen verbessern
Gesetz zur Änderung des Bremischen Abwasserabgabengesetzes und
des Gesetzes über die Erhebung einer Wasserentnahmegebühr
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. Mai 2010
(Drucksache 17/1303)
1. Lesung
15. Umweltbewusstsein stärken - Potenziale aller Bevölkerungsgruppen
ausschöpfen
Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2010
(Drucksache 17/1313)
16. "Lebenslagen im Land Bremen" - Armuts- und Reichtumsbericht 2009
Strategien und Maßnahmen zur Minderung von Armut und zur Stärkung
des sozialen Zusammenhalts
Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2010
(Drucksache 17/1317)
17. Keine weitere Privatisierung der Abwasserentsorgung
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 10. Juni 2010
(Drucksache 17/1329)